Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

5.5.1919 (No. 104)

Visual Library

№ 104 Montag, den 5. Mai 1919 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 ℳ 25 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 ℳ 42 ₰ — Einzelnummer 10 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Abschluss der Auseinandersetzung mit dem Grossherzoglichen Hause.

** Am 3. Mai traten beim Notariat II in Karlsruhe die Herren Präsident v. Engelberg als Bevollmächtigter des Großherzogs Friedrich von Baden, der Großherzogin Hilda und der Großherzogin Luise, Freiherr von Racknitz als Bevollmächtigter des Prinzen und der Prinzessin Max von Baden, Minister a. D. Dr. Hübsch als Pfleger der Prinzessin Maria Alexandra und Ministerialdirektor Duffner als Pfleger des Prinzen Berthold, ferner die Herren Staatspräsident Geiß, Finanzminister Dr. Wirth und Ministerialrat Sammet als Vertreter der badischen Staatsregierung zum Zwecke des Abschlusses des Vertrags zwischen dem badischen Staat und dem vormaligen großherzoglichen Hause über die Auseinandersetzung bezüglich des Eigentums am Domänenvermögen zusammen. Um die Mittagsstunde wurde der Vertrag von sämtlichen genannten Herren unterzeichnet; er tritt sofort in Kraft. Die Auseinandersetzung zwischen dem badischen Staat und dem früheren landesherrlichen Hause ist damit abgeschlossen.

** Die Kleinverkaufspreise für die ausländischen Lebensmittel

sind so niedrig wie möglich festzusetzen. Die Kommunalverbände dürfen lediglich ihre Selbstkosten berechnen; sofern sie mit der ihrer Weisung entsprechenden Unterverteilung an die Kleinhändler den Großhandel betrauen, darf ihm keine höhere Vergüung bewilligt werden, als wenn die Unterverteilung durch den Kommunalverband selbst erfolgen würde. Die Kleinhandelszuschläge dürften beim Speck 30 Pfg. für das Pfund, bei Mehl 12 Pfg. für das Pfund nicht übersteigen. Hinsichtlich des Fettes hat die Reichsstelle für Speisefette bestimmt, daß der innerhalb der Spanne zwischen dem Einstandspreis ab Großlager der Reichsstelle und dem Kleinverkaufspreis liegende Gesamtzuschlag nicht höher sein darf, wie beim Verkauf von Margarine. (Die städtischen Kommunalverbände sind unmittelbar verständigt.)

Arbeiterbeschäftigung und Erwerblosenunterstützung.

** Um die Erwerblosigkeit in Mannheim nach Kräften zu vermindern, hat die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen im November 1918 den Bahnbauinspektionen I und II in Mannheim den Auftrag gegeben, soviel Arbeiter als nur irgendwie vertretbar einzustellen. Daraufhin nahmen die auf der Gemarkung Mannheim liegenden Bahnmeistereien in der Zeit vom 10. November 1918 bis 15. März 1919 zusammen 653 Mann an. Davon wohnen jedoch nur 65 auf der Gemarkung Mannheim und von ihnen sind 22 wieder ausgetreten, sodaß nur 43 von 631 den Erwerbslosen Mannheims zufallen, nicht einmal 7 vom Hundert. Diese Maßnahmen der Generaldirektion haben also nicht nur das beabsichtigte Ziel nicht erreicht, sondern vielmehr noch Arbeiter vom Land in die Stadt hineingezogen. Schuld daran ist, daß die Erwerbslosenunterstützung in Mannheim die im Bereiche der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen gezahlten Löhne erheblich übersteigt.

Mehr Lebensmittel für die Lungenheilstätten.

** Nach dem die Einfuhr von Lebensmitteln wenigstens in einem gewissen Umfang gesichert erscheint, werden ausländische Lebensmittel zur besseren Versorgung der Kranken, die bisher unter der ungenügenden und vielfach ungeeigneten Ernährung am meisten zu leiden gehabt haben, bereit gestellt. Hierbei werden insbesondere die Lungenheilstätten berücksichtigt. Es wird vorläufig für 4 Wochen die Wochenkopfration der Insassen der Lungenheilstätten um je 250 g Fleisch und Speck und je 250 g Fett über die zur Zeit geltenden Sätze hinaus erhöht. Da wegen der vorläufig nur in geringen Mengen und unregelmäßig eingehenden Zufuhren eine gleichmäßige Belieferung des ganzen Landes mit amerikanischen Waren noch nicht möglich ist, auch eine Versendung kleiner Mengen vermieden werden muß, werden die zunächst erforderlichen Mengen aus den zugewiesenen heimischen Fleisch- und Fettbeständen entnommen.

Keine Freigabe des Zuckers für den freien Verkehr.

** In einer Verordnung des Reichsernährungsministeriums über den Zuckerrübenbau wird u. a. bekannt gegeben: Der mehrfach gegebenen Anregung, den Verkehr mit Zucker vom Herbst 1919 an ganz frei zu geben, kann nicht entsprochen werden, weil auch bei noch stärkerem Anbau von Zuckerrüben die Zuckererzeugung hinter der Nachfrage weit zurückbleiben würde. Den Verbrauchern wäre dann auch die Möglichkeit genommen, auf dem freien Markt ihren Bedarf bei der starken und leistungsfähigen Konkurrenz für weniger wichtige Zwecke zu decken. Jedenfalls wäre es ausgeschlossen, der Bevölkerung dann das wichtige Nahrungsmittel Zucker in einigermaßen gleichmäßiger Verteilung und zu angemessenem Preise zu sichern. Es wird aber zur Zeit noch geprüft, inwieweit der Verkehr mit Zucker freier als bisher gestattet werden kann.

Keine Freigabe der Tabakernte 1918.

** Die in Tabakpflanzerkreisen verbreitete Auffassung, daß mit dem Wegfall der Tabakwarenlieferungen an das Heer kein Grund für die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme der im Inland geernteten Tabaks bestehe, ist nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums an die badische Regierung, die sich um Freigabe der Tabakernte 1919 in Berlin bemüht hat, nicht berechtigt. Die Beschlagnahme ist s. Zt. nicht nur zur Sicherstellung des Heeres, sondern vor allem um eine gleichmäßige Versorgung der Tabakindustrie und eine geregelte Beschäftigung ihrer zahlreichen Arbeiter herbeizuführen, angeordnet worden. Bei steigendem Mangel an ausländischem Rohtabak mußte der inländische Tabak durch möglichst restlose Erfassung der Verarbeitung zugeführt werden. Darnach wird man auch in Zukunft streben müssen, da Zufuhren an ausländischem Rohtabak angesichts der allgemeinen ungünstigen finanziellen Lage noch lange nur in einem weit hinter den Friedenseinfuhren zurückbleibenden Umfang möglich sein werden. Die Beschlagnahme kann als das geeignetste Mittel zur Erfassung des inländischen Rohtabaks gelten. Neuerdings wird erwogen, ob sich die Sicherstellung dieser Tabake zur Versorgung der Industrie nicht auf anderem Weg erzielen läßt. Das Tabakgewerbe ist im Begriff, sich auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage zusammenzuschließen; den sich bildenden Selbstverwaltungskörper werden auch die Organisationen der Tabakpflanzer anzugliedern sein. Innerhalb einer solchen Gesamtorganisation wird sich der Verkehr mit inländischem Rohtabak unter Berücksichtigung aller Interessen vollziehen und auf die Beschlagnahme verzichten lassen. Ob dies schon für die Ernte 1919 möglich wird, hängt davon ab, wann die Neuorganisation geschaffen und in welchem Maße durch sie die Erfassung der Tabakernte zur Versorgung der Tabakindustrie gewährleistet wird. Das Reichswirtschaftsministerium kann die Beschlagnahme der Erne 1918 nicht aufheben, weil diese Tabake zum größten Teil zu den festgesetzten Preisen bereits abgeliefert sind und der noch nicht abgelieferte Rest nicht anders behandelt werden darf wie die bereits abgelieferten Mengen.

✿ Vom Tage.

(Versailles. München und Budapest. Badische Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte.)

Wenn in einer französischen Zeitung gesagt wird, es sei eigentlich beispiellos, daß man den Feind zur Unterzeichnung der Bedingungen lade, während man unter sich noch uneinig sei, so können wir dieser Auffassung durchaus zustimmen. Die von Tag zu Tag hinausgezögerte Überreichung der Friedensbedingungen an den deutschen Reichsminister des Auswärtigen macht nicht nur als neue Bekundung der Uneinigkeit innerhalb der Entente einen schlechten Eindruck, sondern sie ist auch geeignet, Unsicherheit und Unruhe hervorzurufen; und ferner zwingt sie unsere Delegation, tatenlos in Versailles zu sitzen, während doch in der Heimat sehr dringende Geschäfte der Arbeitskraft eines jeden einzelnen harren. Wie es heißt, soll der Friedensvertrag, über dessen letzte Punkte jetzt endlich im Dreierrat Einigkeit erzielt worden sei, am Montag der Alliiertenkonferenz zur Schlußabstimmung unterbreitet, und am Dienstag oder Mittwoch dem Grafen Brockdorff-Rantzau überreicht werden.

Was inzwischen über die grundlegenden Bedingungen des Friedensvertrages in die Öffentlichkeit dringt, lautet für uns überaus schmerzlich. Dennoch wollen wir heute noch keine Kommentare an diese Meldung knüpfen, sondern abwarten, bis der Friedensvertrag im Wortlaut veröffentlicht ist. Im übrigen wird uns ja auch die Möglichkeit bleiben, in unserer schriftlichen Beantwortung der Friedensbedingungen gegen unerträgliche und unmögliche Forderungen Protest zu erheben. An Tollheit grenzt es allerdings, wenn in der französischen Presse erklärt wird, Deutschland solle auf einen Anhieb 125 Milliarden zahlen; diese Summe sei dann als die erste Anzahlung zu betrachten, die Höhe der Gesamtschuld werde am 19. Mai 1921 mitgeteilt werden. Soweit wir unterrichtet sind, hat die Kriegshetzerpresse Frankreichs von jeher die Taktik befolgt, wahnsinnige Forderungen in die Welt zu setzen, um dann später unter Preisgabe dieses Wahnsinns gewisse reduzierte Forderungen, die aber auch noch völlig außer dem Bereich des Möglichen liegen, durchzudrücken. Sie folgt dabei ganz dem alten Händlergrundsatz, beim Verkauf eines Gegenstandes, der 100 M. wert ist, 200 M. zu verlangen, um dann 150 M. tatsächlich zu bekommen. Es ist selbstverständlich, daß sich unsere Delegation durch solche Manöver nicht aus der Fassung bringen lassen wird.

Am 14. April schrieben wir an dieser Stelle, daß die Zeit für bolschewistische Experimente bei uns in Deutschland vorüber sei, und daß sie auch nie mehr wiederkommen werde, wenn uns nicht die Politik der Entente einen Strich durch die Rechnung macht. Und auch in anderen Artikeln haben wir auf die unlösliche Verkettung der Friedensfrage mit der Frage des Bolschewismus hingewiesen. Die Brücke zwischen beiden bildet die Ernährungsfrage. Und es war deshalb durchaus zutreffend, wenn am Samstag der badische Minister des Innern, Adam Remmele, auf der fünften Landesversammlung der A.- und S.-Räte (in einem anderen Zusammenhange) erklärte, daß nur dann eine zweite Revolution kommen wird, wenn wir nicht genügend Lebensmittel an unsere Bevölkerung abgeben können. Hängt die Versorgung unseres Volkes mit Lebensmitteln aber zum einen Teil von der Einsicht unserer Landwirte und Bauern ab, so zu ihrem anderen Teile von der Frage, ob wir nun endlich einen Frieden bekommen, der es uns ermöglicht, durch Lieferung von Lebensmitteln aus dem Ausland, durch Überlassung von Rohprodukten und durch Einräumung von Krediten unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen.

Vom Standpunkte unserer inneren Politik betrachtet, gewinnt sonach der Tag, an dem der Friedensvertrag in Versailles unterzeichnet werden wird, für uns die Bedeutung eines Schicksalstages. Und wir dürfen gewiß sein, daß die Reichsregierung nur dann dem Friedensvertrag ihre Zustimmung verweigern wird, wenn er uns einen Zustand androht, der ebenso schlimm oder noch schlimmer wäre, wie der durch eine neue Revolution hervorgerufene. Da die Entente an einer derartigen, die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehenden Umwälzung kein Interesse hat, dürfen wir auch heute noch trotz aller deprimierenden Nachrichten aus Paris glauben, daß uns der Friedensvertrag doch wenigstens die Möglichkeit zur langsamen Erholung offen lassen wird, mögen auch die Bedingungen im einzelnen noch so furchtbar und noch so hart sein. Denn eines ist völlig klar: haben wir den Frieden, dann haben wir auch wieder Aussichten vor uns, die in eine bessere Zukunft blicken lassen.

Daß die Länder, die westlich an Rußland grenzen, doch noch nicht reif für den Bolschewismus sind, und daß namentlich auch unser Volk gottlob noch immer vernünftig und besonnen genug ist, um bolschewistische Experimente abzulehnen, das haben uns die Ereignisse in Budapest und in München zur Genüge bewiesen. Sowohl in Ungarn, wie in Bayern ist der letzte Rest der Räteherrschaft beseitigt. Beladen mit dem Fluch und dem Haß des Volkes ist die Kommunistenherrschaft in München zusammengebrochen. Hinterlassen wird sie den heilsamen Schrecken und den heilsamen Abscheu. Wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, daß, wenn nur irgend die Ernährung unseres Volkes für die nächsten Wochen sichergestellt werden kann, die ordnungsliebenden Elemente der Bevölkerung ganz von selbst darauf achten und dafür sorgen werden, daß sich das grauenvolle Münchener Experiment nicht noch einmal wiederholen darf. Anscheinend sind bei den Straßen-

kämpfen in München die Führer der kommunistischen Schreckensherrschaft umgekommen oder gefangen genommen worden. Die Regierung Hoffmann aber wird wissen, welche Mittel sie von jetzt ab anzuwenden hat, um neue Umsturzversuche im Keime zu ersticken. Lehrreich ist die Tatsache, die sich auch wieder bei den Münchener Ereignissen glänzend manifestiert hat, daß die an sich gut bewaffneten und gut verpflegten Gewalthaufen der roten Garde dem Ansturm wohldisziplinierter Truppen, die fest in der Hand ihres Führers bleiben, nicht gewachsen sind. Wenn man berücksichtigt, daß die Münchener Spartakisten sich bei den Straßenkämpfen mit dem Mute der Verzweiflung zur Wehr setzten, wenn man sich demgegenüber die doch immerhin verhältnismäßig geringe Zahl der Toten und Verwundeten auf seiten der Regierungstruppen vor Augen hält, wenn man weiter bedenkt, daß München doch eine der größten Städte Europas ist und von den Spartakisten recht sorgsam in Verteidigungszustand versetzt worden war, dann muß man sagen, daß der planvoll angelegte und kraftvoll ausgeführte Angriff der Regierungstruppen einen verblüffend raschen Erfolg gezeitigt hat, eine Wahrnehmung, die wir ja allerdings auch sonst in der letzten Zeit überall da machen durften, wo gut disziplinierte Truppen die Aufgabe hatten, die Ordnung wieder herzustellen. In München ist die Ordnung jetzt wieder hergestellt. Möge sie zum Segen des bayerischen Volkes und des ganzen Vaterlandes gehütet und gehandhabt werden!

Die fünfte Landesversammlung der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte Badens, die am Samstag in Durlach stattfand, hat nach lebhaften Debatten, bei denen auch der badische Minister des Innern mehrfach zu bedeutsamen Ausführungen das Wort ergriff, mit einer Resolution geendigt, die wir voller Genugtuung begrüßen dürfen. In dieser Resolution lehnt die Landesversammlung die Räte als politische Körperschaften ab und stellt sich auf den Boden des bekannten Entwurfs der Reichsregierung, der die Räte in Form von Arbeiter- und Wirtschaftsräten in der neuen Reichsverfassung verankern will. Soweit unser eigenes Land dabei in Frage kommt, wird die badische Regierung aufgefordert, sofort im Benehmen mit der Landeszentrale der A.- u. S.-R. und im Benehmen mit den Gewerkschaften ein Gesetz über die Arbeiter- und Wirtschaftsräte in Baden auszuarbeiten. Ferner hat die Landesversammlung die Einsetzung einer Sozialisierungskommission gefordert, die die wirtschaftlichen Verhältnisse Badens zu prüfen und praktische Vorschläge auszuüben hat. Die Resolution ist mit großer Mehrheit angenommen worden, nachdem ein Antrag Blome, daß „bis zur Erfüllung der Forderungen der Resolution die Arbeiterräte in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben sollen", zurückgezogen worden war. Der Verlauf der ganzen Landesversammlung war außerordentlich lehrreich. Er hat gezeigt, daß man mit gutem Willen und mit Vernunft viel weiter vorwärts kommt, als mit übereilten und gewagten Experimenten; er hat gezeigt, daß unser badisches Volk gescheit genug ist, bedeutsame Fortschritte zu erzielen, ohne unnötige Erschütterungen des Volkskörpers, daß es bereit ist, Reformeifer und starken Willen zur Tat, modernen Geist und richtige Erkenntnis der Zeitprobleme zu vereinigen mit den Grundsätzen der Vernunft, der Klarheit und der verständigen Einordnung in das Ganze!

A.

Der Hass gegen die Offiziere.

Eine Untersuchung*.

III.

1915 fing man an zu „organisieren. Sehr gut; man organisierte die Sammeltätigkeit, die Unterkünfte, wirtschaftliche Betriebe jeder Art. Die Sache war ansteckend! Jeder organisierte irgend etwas! Bald wurde die Sache zentralisiert, in jeder Kommandobehörde zusammengefaßt und die Pyramide bis zur Obersten Heeresleitung getrieben, wo der oberste Baustein saß. Der Mannschaftsmangel begann, aber es wurde lustig weiter organisiert, die Organisation war Selbstzweck geworden — und wie hübsch war es auch, diesen oder jenen überanstrengten Offizier vorübergehend auf einen ruhigeren Posten zu bringen, oder war's ab und zu auch ein guter Freund, ein Verwandter? Dies und die Schreiberei war schuld an der Überfüllung der Stäbe! Welch ungeheure Summe von Mißmut, Entrüstung und Zorn haben aber gerade die höheren Stäbe auf sich geladen!

Gut untergebracht und verpflegt befahl der Stab. Von ihm aus rieselten und strömten die je länger je inniger gehaßten, weltfremden und oft unausführbaren Befehle, besondere Anordnungen usw. auf die geplagte Truppe. Der Mann im Schützengraben schätzte den höheren Stab geradeso ein wie die Etappe. Daß das Urteil falsch war, davon konnte er nicht überzeugt werden, denn neben nervenaufreibender, verantwortungsvollster Tätigkeit Tag und Nacht gab es immer eine Anzahl wenig beschäftigter Leute, und die waren es, die im kleinen Städtchen wohlgepflegt und elegant gekleidet dem Einzug des Bataillons zusahen, das am Ende seiner seelischen und körperlichen Kräfte, verschmutzt und verlaust für wenige Tage sein Ruhequartier bezog. Auch hier wäre früheres, energisches und rücksichtsloses Durchgreifen, das von ganz oben hätte kommen müssen, notwendig gewesen.

Das Kapitel: „Etappe" zu behandeln, erübrigt sich. Der schmachvolle Zusammenbruch am Ende, als dort alles, die Offiziere an der Spitze, in wilden Haufen flüchtete, dieser Zusammenbruch der Etappe, der dem sich in Ordnung zurückziehenden Frontheer beinahe auch die Hungersnot und damit den Zusammenbruch gebracht hätte, der Millionen und Milliarden zugrunde gehen ließ, war die Frucht jahrelangen Lotterbetriebs. Auch hier waren die Offiziere die Verantwortlichen und Tonangebenden.

In der Heimat drang unmenschlich in den letzten Jahren der Geist der Profitgier vor. Seine erste Eroberung war die Etappe. Es wurde gehandelt, geschoben, Geld verdient. Gewiß beteiligten sich die Mannschaften ebenso an dem wüsten Treiben, das ganz besonders in Belgien und da wieder im Gebiet des Generalgouvernements blühte.

Aber im Großen konnte es nur von Offizieren betrieben werden. Und schließlich verpflichtet doch der Rock! Nicht nur höheres Gehalt sollte er bedeuten, sondern auch erhöhtes Ehr- und Rechtlichkeitsgefühl; so wurde es wenigstens früher gepredigt.

Leider fand der Geist des Geldmachens und der Unredlichkeit auch Eingang im Frontheer. Es muß einmal gesagt werden: Dinge die da von höheren Offizieren geleistet wurden, gehören vor den Strafrichter. So z. B., wenn Teppiche und Möbel zuerst für die Bedürfnisse des Stabes requiriert und dann nach Hause geschickt wurden. In Flandern wurden für Zehntausende von Mark Schlösser umgebaut — in der Champagne waren zum gleichen Zweck monatelang Armierungskompagnien und Sägewerke beschäftigt. Aber da gab es weder Ankläger noch Richter und immer fanden sich biegsame Beamte und auslegbare Paragraphen.

Zu diesen Dingen kam dann noch die Unmöglichkeit für viele aktive Offiziere, namentlich preußischer Erziehung sich der großen, inneren Umwälzung anzupassen, die sich schon lange vor der äußeren vollzogen hatte — nämlich dem Zusammenbruch des Autoritätsglaubens. Der unbedingte Autoritätsglauben war eine typisch preußisch-deutsche Eigenschaft, im preußischen Militär war er zur höchsten Spitze getrieben.

Eine Exzellenz, ein Divisionskommandeur, ein kommandierender General war ein unfehlbarer Mensch, ein Halbgott, allem menschlichen Irren, Fühlen und Denken entrückt. Und mehr oder weniger hatte jeder Offizier ein wenig von dieser Gottähnlichkeit in den Augen der Menge; man schimpfte, man neidete, man spottete wohl auch, aber im Grund lag man auf den Knieen und betete an.

Dieser Glauben, gegeben und hingenommen als etwas Unwandelbares, als ein Fels aus Erz, er wankte und stürzte in den ersten Jahren des Kriegs. Zurück blieb bei den guten Elementen die freiwillige Disziplin, die bei aller inneren Freiheit des Urteils über die Vorgesetzten im Interesse des Ganzen den Befehlen Folge leistete — und bei den weniger guten die Angst vor den drakonischen Strafen des Militärstrafgesetzbuches. Daß diesen erwachten, innerlich freien Menschen gegenüber ein anderer Ton am Platze gewesen wäre als früher liegt auf der Hand, daß viele preußische Offiziere den Ton nicht finden konnten, ist leider wahr!

IV.

Wer aber hat nun das Recht, über dies alles ein Urteil zu fällen? Ein Urteil steht überhaupt nur Frontsoldaten zu; das jedes anderen ist abzulehnen, denn es fußt entweder auf Heimat- und Etappenvorkommnissen —, während der gute Offizier draußen, der schlechte zu Hause oder in der Etappe war —, oder auf Erzählungen. Und wer erzählte die Märchen von der Feigheit der Offiziere? Die Drückeberger und Desserteure aller Art. In den Monaten September bis Oktober 1918 waren es viele Tausende, die sich in der Etappe, in den großen Städten Belgiens und Nordfrankreichs, ja in Deutschland herumtrieben. Die wildesten Schreier und die Träger der gemeinsten und allgemeinsten Anklagen entstammen zum großen Teil diesen Leuten. Sie sind ebensowenig als objektive Zeugen anzusehen wie jene Armen, die der Krieg seelisch, körperlich oder materiell vernichtet hat und die in dem Offizier die Verkörperung des bösen Geschicks sehen müssen, ohne zu bedenken, daß auch er schwer gelitten hat.

Und wer war es, der bis zum Ende aushielt? Einige wenige, um einen besonders tapferen und nervenstarken Offizier geschaart! Deshalb spricht auch der eigentliche Frontsoldat voller Anerkennung von seinem Offizier! Die Verlustlisten der aktiven und Reserveoffiziere, verglichen mit denen der Mannschaft, namentlich was blutige Verluste betrifft, reden eine unwiderlegliche Sprache. Bitteres Unrecht ist also trotz allem Verschulden im einzelnen dem Stand der Frontoffiziere getan worden. Die Roheiten und Morde in den

* Vergl. den Artikel in unserer Samstagsnummer, in dem der Verfasser die Vorwürfe gegen das Offizierkorps untersucht. Er hält diese in ihrer Allgemeinheit nicht für berechtigt betont aber das gemeinsame Schicksal aller Offiziere: die Mitverantwortung für die Schuld Ludendorffs, sich in der Beurteilung der menschlichen Leistungsmöglichkeit geirrt zu haben, und bespricht die Mißbräuche und Verfehlungen, die sich namentlich viele der im Frieden entlassenen Offiziere zuschulden kommen ließen und die aufreizend auf politisch Andersdenkende wirken mußten; Red.

Volk und Kultur.

Über dieses Thema sprach am Samstag abend im großen Rathaussaal Herr Dr. Benz. Sein Vortrag ist der erste eines Zyklus von Vorträgen, den das Volkshaus Karlsruhe mit dem Titel „Kultur im Volkshaus" soeben angekündigt hat. Sie beschäftigen sich mit den Grundfragen künftiger Volkskultur und ihrer Verwirklichung im Volkshaus, dienen also in erster Linie der Klärung dieser bedeutungsvollen Probleme und wollen Wege und Richtung aufzeigen, die einzuschlagen sind, um zu dem gesteckten Ziele zu gelangen. Sie wollen in den weitesten Schichten des Volkes Interesse wecken und zur tätigen Mitarbeit für das zu schaffende Volkshaus anspornen, dessen Verwirklichung natürlich nur dann gelingen kann, wenn möglichst viele mithelfen. Und alle sind daran interessiert, es soll ja auch der Gesamtheit zugute kommen. Aus diesem Grunde wäre ein noch stärkerer Besuch (die Galerie war fast leer), eine stärkere Teilnahme aus den verschiedensten Schichten wünschenswert gewesen.

Herr Dr. Benz gehört zu den jüngeren Repräsentanten unseres geistigen Lebens, die nicht nur geistvoll-fesselnd sprechen, sondern die vor allem mit neuen Ideen auf den Plan treten, die sich frei gemacht haben von den starken Fesseln überkommener Begriffe, Anschauungen und Lehrsätze. Er gehört zu jenen, die aus der geistigen Not der Zeit die wahren Schäden unserer sogenannten „Kultur" erkannt haben und mit kühnem Freimut auf die Lücken und kranken Stellen hinweisen; die aber nicht nur anklagen und niederreißen, sondern auch Mittel und Wege weisen, die aus der Finsternis hinauf ins Licht führen können. Für den Volkshausgedanken ist er aber einer der berufenen Führer und Bahnbrecher, weil er ein Herz hat für die Menge der „Ungebildeten" und Verständnis für deren Hinaufdrängen zu all dem Schönen und Guten, das heute noch einer kleinen Gruppe Auserlesener vorbehalten scheint.

In dieser geistigen Not unserer Zeit sieht er überhaupt den Ursprung des Kriegs und den gefühlten, wenn auch nicht bewußten, Sinn der Revolution. Wenn wir das Verhältnis zwischen Volk und Kultur begreifen wollen, so drängen sich uns drei Fragen auf:

1. Sind wir ein Volk?
2. Was ist Kultur?
3. Wie kann das Volk an der Kultur teilhaben?

Die erste Frage glaubte der Redner verneinen zu müssen. Durch die politische Revolution sind zwar die Schranken zwischen Mensch und Mensch gefallen, und auch auf sozialem Boden werden die Unterschiede zwischen Besitzenden und Besitzlosen bald aufhören zu existieren oder wenigstens erträgliche Formen annehmen (Viele werden in dieser Hinsicht nicht so optimistisch sehen wie der Redner), aber immer noch steht etwas zwischen den Menschen, das nicht an eine Volkseinheit gauben läßt: die Kluft zwischen den Gebildeten und Ungebildeten. An ihr scheitert alle Einheit und so lange sie besteht, sind wir kein Volk. Der Arme muß seelisch verkümmern, weil er von der Bildung ausgeschlossen ist; weil die geistigen Voraussetzungen fehlen, muß er Einrichtungen der Kunst und Wissenschaft (Theater, Museen, Bibliotheken) fern bleiben. Statt dessen bieten skrupellose Unternehmer (Kinobesitzer, Roman-, Operettenfabrikanten) Surrogate, die Phantasie und Gemüt den Wirkungen echter Dichtkunst unzugänglich machen. Wer durch diese Eindrücke geformt wird, ist eine so andere Art Mensch geworden, daß es zwischen ihm und dem Gebildeten kein Verständnis gibt. Die furchtbare Tragik eines solchen Zustandes, zu dem die europäische Entwicklung geführt hat, schilderte der Vortragende in beredten Worten. Kein Wunder, daß die Führer des Proletariats diese morsch und sinnlos gewordene Kultur zerschlagen wollen.

Wenn wir eine Überbrückung der Spaltung für möglich hielten, müßten wir diese geistige Revolution gut heißen. Das ist sie aber nicht, und wenn wir näher zusehen, so gewahren wir, daß auch die, die sich die Gebildeten nennen, ihrer Bildung nicht froh geworden sind. Der Redner versuchte darzulegen, inwiefern auch der Gebildete der Kultur, die bei uns herrschen könnte, innerlich genau so fremd ist, wie der Ungebildete. Die Güter der Kunst und Wissenschaft sind nicht einmal Gemeingut der Gebildeten geworden. Wir brauchen daher die geistige Reformation, die das Große aus seiner Verbannung erlöst. Es gilt den ungeheuern Stoff, den die Epoche der Bildung angeschwemmt hat, sichten. Aus dem Zustand einer teilweisen Gebildetheit muß Deutschland in den Zustand einer allgemeinen Kultur hinübertreten.

Bei der Beantwortung der zweiten Frage, was ist Kultur?, wies der Redner darauf hin, daß es kein Zufall sei, daß wir für das, was uns fehlt, nur ein Fremdwort haben, das somit notwendigerweise unklar ist und so einer unbestimmten Sehnsucht sein wohl Ausdruck verleihen kann. Die Richtung dieser Sehnsucht geht mehr nach dem Sinnlich-Gefühlsmäßigen als nach dem Verstandes-Gedächtnismäßigen. Sie will die geistigen Inhalte nicht wissen, sondern erleben, sie will den ganzen ungeteilten Menschen erfüllen, sie will nicht durch Wissenschaft das Leben erkennen, nicht durch Kunst das Leben genießen, sondern sie will das Leben mit Geist durchdringen, sie will das Gegenteil von dem, was unsere bisherige Bildung wollte. Hier befand sich nur der Redner ganz in seinem Element, als er vor uns jene Epoche des Mittelalters wiedererstehen ließ, die zwar keine Bildung hatte, aber das, was wir heute ersehnen: eine Kultur, die nicht gelehrt, sondern gelebt war, die anschaulich war, die sich im Bilde und gesprochenen Wort auswirkte. Ohne die Schulbildung von heute nahm damals doch jeder am höchsten geistigen Leben teil, weil wie das Auge für die Kunst, so auch das Ohr erzogen war, das gesprochene Wort als Vermittler jenes Weltbildes aufzunehmen.

Im weiteren führte Herr Dr. Benz dann aus, wie durch die Renaissance und die Reformation dieses Weltbild zerschlagen und die gesamte Kultur zerbrochen wurde. Als Ersatz bekamen wir Bildung und das Volk dogmatische Lehren. Es gab nur noch ein Denken in Begriffen, man jagte einer Wahrheit nach, die es nicht gibt. Das Erforschte materiell nutzbar machen, war das Ziel der Gebildeten. Auch das Volk nahm daran teil, aber in unwürdiger Weise. Es arbeitete für Technik und Fortschritt, bis es schließlich seelisch und leiblich unter dieser sinnlosen materiellen Wertung der Dinge zusammenbrach. Daß der deutsche Genius mit den Jahrhunderten der Bildung nicht erstorben war, sondern nur einflußlos und von der Einwirkung aufs Leben ausgeschlossen blieb, wurde an unsern unsterblichen Musikern Gluck, Mozart und Beethoven, an unsern Philosophen und Dichtern (Hölderlin, Nietzsche, Mombert und vor allem Goethe) und einzelnen großen Gestalten der bildenden Kunst (Hans Thoma) gezeigt.

Die dritte Frage kann nur auf dem Wege zu einer Lösung geführt werden, daß wir die zwischen Gebildeten und Ungebildeten bestehende Kluft beseitigen, aber nicht dadurch, daß man die Ungebildeten zu Gebildeten macht. In diesem Zusammenhang machte der Redner den Volksbildungsbestrebungen, wie auch den staatlichen Bildungsanstalten den Vorwurf, daß sie von der Voraussetzung ausgingen, daß bei ihnen alles in bester Ordnung sei. An unsern Bibliotheken und Museen, die als Rüstkammern der Bildung angelegt sind, übte er scharfe Kritik. Und die Tatsachen geben ihm recht: das Volk blieb ihnen fern. Auch unsern Theater- und Konzertbetrieb nahm er unter die kritische Lupe. Unser Universitätswesen wurde beleuchtet und dargetan, weshalb der Hochschullehrer als Lehrer einer Volkshochschule ungeeignet ist.

Unser gesamtes geistiges Leben bedarf einer grundlegenden Reformation. Wir müssen aus unsern privilegierten Kunst-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ersten Tagen der Revolution werden nur Verworfene entschuldigen wollen, aber die übertriebenen Anklagen und Verallgemeinerungen dauern an.

Jeder anständige Mensch, gleichviel welcher Partei er angehört, dem es um Wahrheit nicht um Verhetzung und Agitation ohne Ansehen der Mittel zu tun ist, sollte aufhören mit dem unsinnigen Gerede das dem gesamten Stand Mut, Aufopferung, Anstand und Ehre abspricht. Der Stand in seiner früheren Zusammensetzung, seiner Machtstellung und seinen Sonderehrbegriffen, ist erledigt; nie wieder wird er auferstehen, im neuen Deutschland ist kein Platz für ihn. Pflicht des Vaterlandes, Pflicht aller ist es aber, anzuerkennen, was er in seinen guten Elementen geleistet und getragen hat. Zum mindesten sollte in materieller Beziehung die Abfindung anständig, und die Beihilfen zur Ergreifung eines neuen Berufs genügend sein. An erworbenen Pensionen und Entschädigungen darf nicht gerüttelt werden!

Politische Mitteilungen.

Der Pariser Vergewaltigungsfriede.

*** Die Pariser Zeitung „Information" beschäftigt sich in einem offenbar inspirierten Artikel mit dem gestern vom Dreierrat gefaßten Beschluß, Deutschland zu zwingen, sein Desinteresse an Deutschösterreich und Rußland auszusprechen. Das bedeutet, daß die französische These, Deutschösterreich zu einem neutralen Staat unter der Ägide des Völkerbundes zu machen, Aussicht auf Verwirklichung hat. Jedenfalls werde die Zukunft Deutschösterreichs später und direkt mit den österreichischen Delegierten entschieden. Dabei wird besonders darauf hingewiesen, daß die gefallene Entscheidung alle deutschen und österreichischen Versuche auf Vereinigung hinfällig mache. Nun klärt sich auch die Mission, die der französische Sondergesandte Allize in Wien zu erfüllen hatte, auf. An das von dem Präsidenten Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker hält sich der Dreierrat nur dann, wenn es zu ungunsten Deutschands und seiner ehemaligen Verbündeten ausgelegt werden kann.**

Eine Meldung aus Versailles besagt unterm 3. Mai: Die Überreichung des Friedensvertrages wird frühestens am Mittwoch erfolgen. Der Übergabe werden nur die Vertreter Frankreichs, Englands, Amerikas und Japans beiwohnen, worüber Belgien aufs äußerste enttäuscht ist. Gestern nachmittag sollen Wilson, Lloyd George und Clemenceau entschieden haben, daß die deutschen Kabel als Kriegsbeute zwischen Frankreich und England aufzuteilen seien. Deutschland soll den Kieler Kanal behalten, die Befestigungen sollen zerstört werden. Der Kanal soll unter internationaler Kontrolle stehen, ähnlich wie der Suez-Kanal. Außerdem soll, wie schon die vorstehende Meldung besagte, Deutschland gezwungen werden, seine Uninteressiertheit in allen russischen und deutschösterreichischen Fragen von vornherein auszusprechen. Dies wird besonders betont, da dadurch der Anschluß Deutschösterreichs vereitelt wird.

„Matin" beklagt im bitteren Tone, daß England und Amerika schon Geschäftsverbindungen mit Deutschland suchen. Das Blatt zählt einige bereits erfolgten Geschäftsabschlüsse auf und beklagt Frankreichs Untätigkeit. Die belgische Frage ist immer noch ungeklärt. Augenblicklich weilen in Paris die belgischen Minister Jasper, Benkin und Franck, und mit den belgischen Friedensdelegierten im Auftrage des Ministerrates, der unter dem Vorsitze des Königs Mindestforderungen aufgestellt hat, zu verhandeln. Wenn die Mindestforderungen abgelehnt werden, sind Schwierigkeiten ähnlich wie mit Italien unvermeidlich. Die Pariser Presse ist teilweise durch drohenden Konflikt beängstigt. Vom Tag der Überreichung des Friedensentwurfes ab erhält der Poststempel Versailles den Zusatz: Conference de la paix. Ich erfahre, daß für die Schlußsitzung der Friedenskonferenz in dem großen Zahl des Trianon-Hotels eine Tribüne für 250 Journalisten eingebaut werden soll. Die deutschen Journalisten sollen ebenfalls zugelassen werden. Der Pariser Newyork Herald erfährt, Amerika wolle für deutsche Schatzscheine zur Tilgung des Restbetrages der Entschädigungen nicht Bürgschaft leisten, wodurch die Schatzscheine bei den Alliierten und in den neutralen Ländern entwertet würden. Die gestrige erste Sitzung der Finanzkommission beschäftigte sich, dem Echo de Paris zufolge, mit der Frage der Zahlung von 3 Milliarden Francs für Lebensmittellieferung. Eine Einigung sei noch nicht erzielt worden.

Nach einem Privatbericht des „Vorwärts" aus Versailles werden sich die **Alliierten**, nachdem sie die deutsche Delegation nach Versailles gebeten haben, **nicht über die Friedensbedingungen einig.** Schwierigkeiten scheinen jeden Tag aufzutauchen. **Unsere Delegation sitzt infolgedessen ganz untätig und ohne jede Information fest.** Die Franzosen haben um den Aufenthaltsort der deutschen Delegation herum **Drahtverhaue** anlegen lassen. Die Deutschen sitzen dort wie gefährliche Gefangene und nicht wie eine zu achtende diplomatische Mission. Die deutsche Delegation hat gegen **diese unwürdige Behandlung protestiert.**

Von den Mitgliedern der deutschen Delegation ist laut T.U. um **Beschleunigung** des Beginnes der Friedensverhandlungen gebeten worden, unter dem Hinweis darauf, daß der neue Reichsminister des Äußern und eine große Anzahl wichtiger Persönlichkeiten in Versailles versammelt seien, denen in Deutschland dringende Arbeit harre.

Die Einnahme Münchens durch die Regierungstruppen

*** Aus München wird gemeldet: Preußische Truppen unter General Oven haben den Bahnhof besetzt. Die aus dem Westen kommenden Truppen besetzten kämpfend den Hackerbräu, das Justizgebäude und nahmen den Maltheserbräu mit Flammenwerfern. Bahnhof Laim fiel nach hartem Kampfe. Der Thomasbräu ist nunmehr das Hauptquartier der Westabteilung. München ist vollständig von den Regierungstruppen besetzt.**

Über die Säuberungsaktion in München berichtet der Münchener Berichterstatter des „Lok.-Anz." vom Freitag: Vom Jubel der Bevölkerung begrüßt, rückten heute weitere Truppen ein. Die Münchner Schutzleute stehen heute nachmittag wieder in der alten Uniform ohne rote Armbinde, aber mit Karabinern in Doppelposten auf den Straßen. Bis jetzt hat es 150 Tote und etwa 900 Verwundete gegeben. An Verhaftungen wurden über 5000 vorgenommen. Unter den standrechtlich Erschossenen ist auch der Kommunist Sontheimer, der Oberkommandant der Roten Armee Egelhofer, der bei einem Fluchtversuch aus einem Kellergeschoß, wo er gefangen war, vom Wachtposten erschossen wurde, ein 21 Jahre alter desertierter Matrose, der bei der Marinemeuterei unter der Kanzlerschaft Michaelis zum Tode verurteilt worden war und auch schon vorher in Bayern ein Jahr Zuchthaus hatte. Seidel, der Kommandant, der den Befehl zum Erschießen der Geiseln gegeben hatte, wurde von der Menge erschlagen.

Schwabing war das Hauptquartier der Spartakisten und muß besonders gesäubert werden. Auch hier ist gestern vormittag gekämpft worden.

Über das Schicksal der Münchner Gewalthaber wird den „Augsb. Neuest. Nachr." aus München u. a. mitgeteilt: Der **frühere kommunistische Stadtkommandant Egelhofer** wurde in einem Anwesen der Maximilianstraße am 1. Mai verhaftet. Das Haus wurde umstellt und durchsucht. Man fand Egelhofer in einem Badezimmer, das zur Wohnung einer russischen Ärztin gehörte, **hinter der Badewanne versteckt,** vor. Als Egelhofer sich zur Wehr setzen wollte, — er hatte zwei Revolver bei sich —, wurde er durch Kolbenhiebe überwältigt, nach der Residenz gebracht und später **erschossen.**

Über den Aufenthalt bezw. die Festnahme der **übrigen Spartakistenführer** ist Genaues nicht bekannt. **Levien** soll entkommen sein. **Toller und Männer** sind jedoch bestimmt **verhaftet.** Der Volksbeauftragte des Verkehrs, **Paulukum,** wurde in München festgenommen, während der kommunistische Kriegsminister Reichhardt auf seiner Flucht in Petershausen verhaftet wurde. Volksbeauftragter **Klingelhöfer** wurde mit seiner Frau in seiner Wohnung verhaftet und soll im Maximilianskeller **erschossen** worden sein. **Landauer** fiel in Pasing in die Hände der Regierungstruppen und wurde nach sicherem Vernehmen bei seiner Einlieferung **ins Gefängnis von der Menge getötet.**

Die Ermordung der Geiseln.

Eine Kundmachung des Polizeipräsidenten veröffentlicht die Namen der ermordeten Geiseln, die bis auf zwei Angehörige der Garde-Schützendivision **festgestellt** sind. Es handelt sich um folgende Persönlichkeiten: Walter **Neuhaus** aus München, Baron **von Teuckert** aus Regensburg, Freiherr **Wilhelm von Seidlitz**-München, Walter **Delke** aus München, Gräfin Hella **Westarp** aus München, Anton **Daumenlang** aus München, Professor Ernst **Berger** aus München und **Prinz** Gustav Franz Maria von **Turn und Taxis** aus München. Einwandfrei wurde festgestellt, daß die unglücklichen Geiseln **ohne jede vorhergegangene Vernehmung** am 30. April in zwei Abteilungen erschossen worden sind. Die beiden Soldaten wurden um 10 Uhr vormittags, die übrigen acht Personen zwischen 4 und ½5 Uhr nachmittags im Hofe des Luitpoldgymnasiums hingerichtet. Alle Verurteilten, auch die Gräfin Westarp, benahmen sich bis zum letzten Augenblick tapfer und würdig und wurden mit Ausnahme des Barons von Teuckert, welcher dem Tod aufrecht entgegensah, hinterrücks erschossen. Die Kopfverletzungen bei drei Opfern sind durch Gewerschüsse aus nächster Nähe entstanden. Eine Verstümmelung der Hingerichteten hat, wie die Kundmachung betont, nicht stattgefunden.

Einzelne Beraubungen müssen erst in der Nacht erfolgt sein. Den Befehl zum Erschießen gab der Kommandant Franz **Seidel** aus Chemnitz und sein Stellvertreter Willy Hausmann aus München. Es ist nicht festgestellt, ob die beiden auf Befehl des Oberkommandanten handelten. Willy **Hausmann** hat sich gestern im Augenblicke der Verhaftung in seiner Wohnung **selbst gerichtet,** die übrigen Beteiligten werden aufs schärfste verfolgt. Die roten Fahnen am Bahnhofsplatze wurden heute heruntergeholt, an ihrer Stelle wehen heute die blau-weißen. Zur Zeit der bestialischen Tat befanden sich Nissen, **Levine** und Dr. **Levien** im Keller des Luitpoldgymnasiums. Sie **wußten um die Greueltat.** Auch die militärischen Führer der Kommunisten waren davon unterrichtet, doch hat den Befehl zum Feuern Seidel auf eigene Faust gegeben.

Badische Uebersicht.

5. Landesversammlung der bad. Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte.

Unter guter Beteiligung aus dem ganzen Lande fand in Durlach am Samstag die 5. Landesversammlung der badischen Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte statt. Den Vorsitz führte G. **Erb**-Karlsruhe. Landtagsabgeordneter **Maier**-Heidelberg berichtete für die Landeszentrale über deren Tätigkeit. Darnach gehe jetzt die Abwicklung der Geschäfte reibungsloser vor sich, als früher. Seit der letzten Tagung sei die badische Verfassung angenommen und durch Volksabstimmung genehmigt worden. Die Bildung der Regierung sei schwierig gewesen, es habe wiederholt den Anschein gehabt, als ob die Sozialdemokraten nicht ihrer Stärke entsprechend berücksichtigt werden sollten. Der Elferausschuß habe daher eine Entschließung gefaßt, in der verlangt wurde, daß das Ministerium des Innern und das der sozialen Fürsorge der Sozialdemokratie zufallen müsse, das Ministerium des Kultus einem bürgerlichen Demokraten. Das Ministerium sei dann diesen Wünschen entsprechend gegründet worden. Die wichtigsten Verordnungen, die in der letzten Zeit herauskamen, hätten die Wohnungsnot und den Schleichhandel treffen wollen. Zum Rätekongreß in Berlin seien mit Rücksicht auf die hohen Kosten keine Wahlen vorgenommen worden. Verschiedene Beschwerden wurden erledigt, so die wegen Bildung der Ordnungswehr in Pforzheim, eine aus Ettlingen, wegen der Besoldung und der Beköstigung der Lazarettinsassen, eine aus Villingen wegen des Zentrumsredakteurs Fehrecke in Villingen, bei der sich die Villinger Sozialdemokraten nicht besonders klug benommen hätten. An den Tätigkeitsbericht schloß sich eine Aussprache an, in der zahlreiche Einzelwünsche vorgebracht wurden.

Den Diskussionsrednern erwiderte Minister **Remmele,** der u. a. ausführte: Bei dem Aufrufe des Arbeiter- und Soldatenrates in Freiburg gegen die Räumung der Wohnungen am 1. April habe der Arbeiter- und Soldatenrat in Freiburg im Einverständnis mit der Regierung gehandelt. Gegen den Stadtrat zu Freiburg seien Vorwürfe wegen seiner Haltung in der Wohnungfrage zu erheben. Die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone sei auf Drängen der Franzosen erfolgte auf die Vorgänge in Mannheim am 22. Febr. hin. Die Kommunalverbände werden durch vier kaufmännische Sachverständige geprüft werden, die zu diesem Zweck bestellt wurden. Den Maßnahmen bei der Nahrungsmittelversorgung setzten die Arbeiter oft die meisten Schwierigkeiten entgegen, so namentlich bei der Eisenbahnkontrolle. Den Bürgerwehren dürfen nur Personen angehören, die auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse und nicht Mitglieder der Deutsch-nationalen Volkspartei sind, denn die Regierung werde nicht ihre Gegner bewaffnen. Bürgerwehren und und Freiwilligen-Bataillone seien aber nur infolge der Agitation der äußersten Linken notwendig. Die Arbeiter- und Soldatenräte brauche man so lange, bis die Erfolge der Revolution gesichert seien. Dies werde der Fall sein, wenn die Gemeinde-, Kreis- und Bezirkswahlen vollzogen sind.

In der Nachmittagssitzung erstatteten Rechtsanwalt Dr. **Hirschler**-Mannheim und Abg. Dr. **Krauß**-Freiburg Berichte über den zweiten Rätekongreß in Berlin. Auf Antrag des Dr. Krauß wurde eine **Entschließung** angenommen, worin die **Räte als politische Körperschaften abgelehnt** werden. In der Entschließung stellte sich die Versammlung auf den Boden des von der Reichsregierung vorgeschlagenen und begründeten § 34a der neuen Reichsverfassung, die Schaffung von Arbeiter- und Wirtschaftsräten betreffend. Die Versammlung forderte die Regierung auf, sofort im Benehmen mit der Landeszentrale und den Gewerkschaften ein Gesetz auszuarbeiten über die Arbeiter- und Wirtschaftsräte in Baden. Zugleich forderte die Landesversammlung die Einsetzung einer **Sozialisierungskommission,** die die wirtschaftichen Verhältnisse Badens zu prüfen und praktische Sozialisierungsvorschläge auszuarbeiten hat.

Darauf wurden eine Anzahl **Anträge** aus der Versammlung durch Überweisung an die Regierung erledigt, so ein Freiburger Antrag wegen Ausweisung des polnischen Juden Jakubowitsch, ein Antrag auf Festsetzung von Höchstpreisen für Ferkel. Angenommen wurden die Anträge, die Tagegelder der Mitglieder der Volksräte auf 15 M. und die Tagegelder zu den Landesversammlungen der Arbeiter- u. Soldatenräte auf 20 M. zu erhöhen, ferner Anträge auf Bildung eines badischen Kriegsministeriums auf bessere politische Schulung der Frauen und ein Antrag auf Unterbindung des Fremdenverkehrs im Schwarzwalde. Endlich wurde noch eine Entschließung angenommen, in der die Sozialisten der neutralen Staaten gebeten werden, dafür zu sorgen, daß das deutsche Kapitil, das ins Ausland geflohen ist, entsprechend besteuert wird.

Kurze Nachrichten aus Baden.

B.C. **Mannheim,** 4. Mai. Wie dem in Braunschweig erscheinenden kommunistischen Blatt zu entnehmen ist, befindet sich der frühere Berliner Polizeipräsident **Eichhorn** in **Mannheim.** Er will sich aber entschlossen haben, zur Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß des preuß. Kabinetts nach Berlin abzureisen.

---

und Bildungsanstalten heraustreten und mit dem Volk zusammen ein neues Haus bauen, um mit ihm darin zu wohnen und uns gegenseitig zu helfen. Die Grundlage ist gegeben durch die Volkshäuser: hier kann wirkliche Kulturarbeit geleistet werden. Hier soll es keinen Gegensatz mehr geben zwischen Gebildeten und Ungebildeten, sie sollen vielmehr aufgehen in der höheren Einheit des Volkes. Sehr ausführlich schilderte der Redner, wie er sich die Ausgestaltung des künftigen Volkshauses denkt, in dem nur die große, echte Kunst einen Platz finden soll, und wo das Kunstwerk durch die Dauer der Berührung auf den Menschen die ethische Macht gewinnen soll, die das Zufallserlebnis nicht hat. Im Volkshaus soll auch das Theater seinen neuen Stil finden. Das Gesamtbild der Welt soll durch die Deutung der Natur vollendet werden. So wird die allmähliche Durchdringung des Lebens mit Geist in die Wege geleitet, worunter wir Kultur verstehen.

*

Bis zur Verwirklichung des Zieles ist allerdings noch ein weiter Weg. Der Redner selbst verkennt die Schwierigkeiten nicht. Eine andere Frage ist, ob es überhaupt auf dem angedeuteten Wege, auf „unserer Kultur" aufbauend, erreichbar ist. Da standen doch starke Zweifel auf. Gewiß, das Mittelalter hat eine Kultur besessen, aber damals bestanden andere Voraussetzungen als heute. Muß nicht noch etwas anderes, als was Kunst und Wissenschaft bieten, hinzutreten, um den ganzen Menschen zu erfassen, und zu erfüllen? Brauchen wir da nicht eine Erneuerung des Glaubens, der Religion, durch die das gesame Volk wieder zu einer Einheit verschmolzen wird?

Hugo Roller.

Landestheater.

Wenn eine Opernaufführung dieser Spielzeit überflüssig und zwecklos war, gleichviel von welchem Gesichtspunkte aus man sie betrachtet, so war es diejenige der „Elektra", dieses unerfreulichen Dokuments einer Zeit des Niedergangs und Zerfalls, das lediglich als Gipfelpunkt virtuoser Beherrschung äußerer Mittel verblüffen, aber weder seelisch noch musikalisch befriedigen kann. Gerade in diesen Tagen und Wochen, in denen die Welt aus dem Blutrausch der letzten Jahre erwacht, erwachsen der Bühne andere Aufgaben als die Darstellung dramatischer und musikalischer Widerpärtigkeiten, wie sie in dieser Schöpfung Strauß-Hofmannsthals in unerhörtem Maße gehäuft sind. Weit mehr als in der „Salome" überwiegt in diesem späteren Werk die auf völliger Perversion des künstlerischen Willens fußende Schilderung des Abnormen, Krassen und Häßlichen, die Sucht, szenische Vorkommnisse, Seelenregungen und Ideenassoziationen kompliziertester Art durch erklügelte Klangwirkungen zu versinnlichen. Das Prinzip realistischer Charakterisierung bis zur äußersten Konsequenz, selbst über die Grenzen des künstlerisch Möglichen hinaus, hat Strauß bei der Vertonung der „Elektra" dazu verleitet, das Krankhafte und Brutale der Dichtung auch dort zu unterstreichen und in den Vordergrund zu rücken, wo es im Text durch die dichterische Schönheit und den Reichtum der Sprache Hofmannsthals gemildert wurde. Mit Musik in unserem heutigen Sinn hat manches in dieser Schöpfung nichts mehr zu tun. (Die wundervolle Szene zwischen Elektra und Orest ist die einzige größere Ausnahme.) Dieses Eindrucks konnte man sich auch bei der diesmaligen Aufführung nicht erwehren, so gut auch die Leistungen der Sänger waren, so virtuos das Orchester spielte und so straff und sicher der Dirigent die einzelnen Darbietungen zu einem plastischen, wuchtigen Ganzen zusammenfaßte. Man wurde bei all den raffinierten Reizen instrumentaler, dynamischer und rythmischer Art nicht innerlich mitgerissen und erwärmt und war, als der Vorhang fiel, erfreut, daß man die Qual überstanden hatte. Bewundern mußte man trotz alledem die glänzende Leistung von Frau Palm-Cordes in der Titelpartie. Die Intensität und die Leidenschaft, mit der die Künstlerin die Hysterie, den zerfressenden und zerstörenden nur durch Blut zu befriedigenden Haß, die Ekstase und den Triumph des ausschließlich von seinem monomanischen Rachedurst beherrschten Weibes zeichnete, war erstaunlich und virtuos. Dazu kam ihre sichere Bewältigung der außerordentlich schwierigen stimmlichen Aufgabe, die der Sprechgesang dieses Werkes, die weder Sprache noch Gesang ist, den Sängern bereitet. Die Rolle der Chrysothemis, der sympathischeren und menschlich-natürlicheren der Agamemnonstöchter, gab Frl. Sajitz mit guter Stimme und all dem Liebreiz ihrer vornehmen Darstellungskunst. Frl. Bruntsch zeichnete die pathologische Gestalt der Klytämnestra mit wirksamen Strichen. Als Orest erfreute Herr Ziegler durch die Wärme und den Wohlklang seines schönen Organs. Herr Cortolezis, der das Werk schon bei seiner hiesigen Erstaufführung einstudierte, hatte auch die diesmalige Aufführung mit großer Sorgfalt und erfolgreicher Einfühlungskunst vorbereitet, so daß, wie schon eingangs angedeutet, der Vorstellung ein volles äußerliches Gelingen beschieden war.

E. Rüf.

Statt besonderer Anzeige.

Unsere liebe Mutter u. Großmutter

Frau Lina Winter geb. Vogel

Witwe des Geheimen Medizinalrats Dr. Joseph Winter

ist am 29. April im Alter von 69 Jahren nach schwerem Leiden sanft entschlafen.

Karlsruhe, Wiesloch, Heilbronn und Kenzingen, den 3. Mai 1919.

Emil Winter, Landgerichtsrat und Frau **Mathilde geb. Dorner,**
Josef Winter, Oberamtsrichter und Frau **Mathilde geb. Jäkle,**
Carl Beck, Bezirksnotar und Frau **Anna geb. Winter,**
Otto Krieg, Oberförster und Frau **Lina geb. Winter**
und Enkelkinder.

Die Beisetzung hat in Freiburg i. B. im engsten Kreise stattgefunden. G446

Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus:

Montag, Sonderv. z. Einheitspr. (Das Haus ist ausverkauft)
Schwanenweiss
½8—¾10 Uhr

Dienstag, 6. Mai (Die. 31.)
Die Csardasfürstin
7—10 Uhr

Großer Saal der Festhalle Karlsruhe

Samstag, 10. Mai 1919, abends 8 Uhr:

Zweiter Kompositions-Abend
Arthur Kusterer

Mitwirkende:
Edith Sajitz (Sopran), **Ottomar Voigt, Franz Dolezel** (Violine), **Alois Sommer** (Viola), **Ernst Meyer** (Violincello) und d. gesamte **Kapelle d. Bad. Landestheaters**
Leitung: der Komponist.

Vortragsfolge: 1. **Quintett** für 2 Violinen, Viola, Violincello u. Klavier A-dur (Uraufführung). 2. **Drei Gesänge** für hohe Stimme mit Orchesterbegleitung. 3. **Sinfonie** in c-moll für großes Orchester (Uraufführung). — Der Feurich-Konzertflügel ist aus d. Lager Odeon-Haus, Kaiserstraße, hier. G445

Karten zu 5, 4, 3, 2 und 1.50 Mk. im Vorverkauf in der Musikalienhandlung **Fritz Müller,** Kaiserstraße (Tel. 388) u. an d. Abendkasse v. 7 Uhr an.

Badischer Kunstverein E. V.

Karlsruhe, Waldstraße 3, Fernruf 26.

Geöffnet Werktags von 10—1 Uhr vormittags, Sonntags und Feiertags von 11—1 Uhr vormittags, ferner täglich im Sommer nachmittags von 3—5 Uhr im Winter nachmittags von 2—4 Uhr nach jeweiliger Bekanntmachung.

Wechselnde Ausstellungen von Ölgemälden, Graphik und Plastik hiesiger und auswärtiger Künstler mit 3—4 wöchentlicher Zeitdauer.

Bereitwillige kostenlose Auskunft für Kunstliebhaber.

Vermittlung von An- und Verkäufen ausgestellter, sowie nicht in der Ausstellung befindlich. Werke — auch für Nichtmitglieder — zu feststehenden vom Verkäufer zu tragenden geringen Gebühren.

Aufnahme von Mitgliedern durch mündliche oder schriftliche Anmeldung jederzeit. Jahresbeitrag für die Mitgliedschaft 12 Mk., Beikarten für Familienmitglieder 1 M.

Jährliche Verlosung von Anrechtscheinen unter die Mitglieder, die dem Gewinner ermöglichen, sich aus den Ausstellungen ein im gefallendes Werk unter etwaiger Aufzahlung des Mehrpreises auszuwählen. **Bei Erwerb mehrerer Mitgliedschaften von ein nur derselben Person Erhöhung der Gewinnmöglichkeit der Zahl der erworbenen Mitgliederschaften entsprechend.** (Jährliche Vereinsgabe, gelegentliche Sonderverlosungen).

Eintrittspreis für Nichtmitglieder 0,50 M.

Auflage von verschiedenen Kunstzeitschriften und Tageszeitungen.

Die aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des badischen Kunstvereins für die Mitglieder geprägte Jubiläumsdenkmünze nebst Festschrift ist ebenfalls an der Kasse erhältlich. Verkaufspreis 20 M.

Sprengpulver und Zündschnüre

laufend lieferbar

Reinhold Andrée
Inhaber W. Demand
Waldstr. 4 Karlsruhe Waldstr. 4

MÖBEL!

Kompl. Wohnungsausstattungen, einzelne Zimmer- und Kücheneinrichtungen, sowie Einzelmöbel, Betten und alle Arten Polstermöbel in reicher Auswahl empfiehlt in altbekannter, guter, solider Ausführung F.928

das Möbel- und Betten-Geschäft

Ludw. Seiter, Waldstr. 7.

Wichtig für die Wahlen!

In einigen Tagen erscheint bei uns:

Neue Gemeindeordnung

für die nicht unter die Städteordnung fallenden Gemeinden **in Baden** nebst neuer

Gemeinde-Wahlordnung,

sowie der Verordnung betreffend die

Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten.

Bearbeitet nach amtlichen Unterlagen. Umfang etwa 120 Seiten. — Preis geheftet Mk. 2.40, kart. Mk. 3.— ::

Ebenso wird in einigen Tagen ausgegeben:

Neue Städteordnung

für Baden, nebst neuer

Städte-Wahlordnung.

Bearbeitet nach amtlichen Unterlagen. Umfang etwa 100 Seiten. — Preis geheftet etwa Mk. 1.80, kart. etwa M 2.40.

Diese beiden Ausgaben sind bearbeitet mit Berücksichtigung der neuesten Gesetzes-Veröffentlichungen, mit Beigabe aller Verordnungen und Muster, und bieten so die einzig brauchbaren, vollständigen und unbedingt zuverlässigen Unterlagen für alle, die mit den bevorstehenden Gemeindewahlen zu tun haben, also besonders den Gemeindebehörden und Parteibüros, aber auch jedem Wähler.

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Bei der außerordentlichen Wohnungsnot ist das Wohnungsamt nicht in der Lage Neuzuziehenden Wohnungen zu vermitteln. Vor dem Zuzug nach Lörrach werden Fremde und Flüchtlinge gewarnt. Mietverträge mit Neuzuziehenden können nicht genehmigt werden, solange der jetzige Notstand weiter besteht. G.447

Das Bürgermeisteramt.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Lgb. Nr. 4000 f: 4 a 80 qm mit Gebäuden, **Bunsenstraße 4.**
Schätzung: 62000 M.
Versteigerungstagfahrt: Dienstag, 8. Juli 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.

Karlsruhe, den 3. Mai 1919. M. 40.2.1

Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Provisions-Reisende

die Landkundschaft besuchen, können glänzende Artikel mitführen. Angebote unter G. 271 an die Expedition der „Karlsruher Zeitung".

Schmucksachen

aller Art und

Pfandscheine

werden stets angekauft in

Weintraubs

An- und Verkaufsgeschäft **Kronenstr. 52.** Tel. 3747

Haupt- und Schlußziehung

Preuß. südd. Klassenlotterie spielt vom 7. Mai bis 2. Juni **174000 Treffer** mit zus. ca. **64½ Million Mark** aus, wobei auf fast 2 Lose 1 Gewinn fällt. 1. Haupttreffer mit Prämie zus. **M 800,000.**

Kauflose

1/8	1/4	1/2	1/1 Teil
25.-	50.-	100.-	200.- M

empfehle, wie auch Drei-, Zwei-, Eine Marklose bestens

Ludwig Götz.

Bad. Lotterieeinnehmer
Hebelstraße 11 b./ Rathaus.

Schutzmarke

Rein Teerprodukt fein Wasserfrem

Brillant-Krem **Büdo** N 20

Büdowerk Schwenningen a/N.

Lebensmittel!

Gut eingeführter **Reisender** für Baden oder Württemberg, der größeren Kundenkreis mit Erfolg bereist hat, **sofort gesucht.**

Ausführl. Bewerb. mit Bild, Zeugnisabschriften u. Gehaltsansprüchen erb. an Fa. **Franz. Lange, Bösperde** i. Westf. Kr. Herlohn.

Elektrotechniker

aus dem Felde zurück, mit guter theoretischer Schulung, 4½jähriger Praxis und befähigt, sich rasch einzuarbeiten, **sucht passende Stellung.** Gefl. Angeb. unter G.449 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Altertümer

in **Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn** usw. **kauft** zu hohen Preisen

An- u. Verkaufsgeschäft Neukam,
Lammstr. 6 im Hof. Tel. 3546

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

M.7.2.1. **Heidelberg.** Der Eisenbahnarbeiter **Josef Lajer** in Heidelberg, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Reuling in Heidelberg, klagt gegen seine **Ehefrau Hilda geb. Becker,** früher zu Heidelberg, jetzt an unbekannten Orten, mit dem Antrage auf Scheidung seiner am 3. Juli 1913 vor dem Standesbeamten in Basel geschlossenen Ehe aus Verschulden der Beklagten.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die 1. Zivilkammer des Landgerichts in Heidelberg auf

Mittwoch, 9. Juli 1919, vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Heidelberg, 2. Mai 1919.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M.52.2.1 **Karlsruhe.** Die Firma **Gebrüder Palm,** Haus- und Küchengeräte in Karlsruhe, Schützenstr. 47, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Homburger u. Stein in Karlsruhe, klagt gegen 1. das **bulgarische rote Kreuz in Sofia,** 2. den **G. S. Schopoff,** Delegierter des bulgarischen roten Kreuzes, früher in **Berlin, jetzt an** unbekannten Orten abwesend, unter der Behauptung, daß das bulgarische rote Kreuz, durch den Delegierten Schopoff, bei der Klägerin 120 Dutzend Löffel mit Kiste für 462 M. 50 Pf. am 3. Juni 1918 gekauft, aber nicht bezahlt habe, mit dem Antrage auf Verurteilung der Beklagten als Gesamtschuldner zur Zahlung von 462 M. 50 Pf. nebst 4 Proz. Zins hieraus seit 3. Juni 1918 und Tragung der Kosten des Rechtsstreits durch vorläufig vollstreckbares Urteil.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Bad. Amtsgericht in Karlsruhe, Eingang II, auf

Montag, 14. Juli 1919, vormittags 9 Uhr,

Akademiestraße 2, 1. Stock, Zimmer Nr. 8, geladen.

Karlsruhe, 30. April 1919.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

L.996.2.2. **Pforzheim.** Die **Johann August Scherb,** Landwirts **Ehefrau, Christine geb. Goßweiler** in Niefern hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Eigentümer des Grundstücks Lgb. Nr. 6847 der Gemarkung Niefern: 8 ar 82 qm Ackerland im Gewann „Galgenberg" gemäß § 927 B. G. B. beantragt.

Die im Grundbuch Niefern Band 44 Heft 33 I. Abt. eingetragenen Eigentümer, nämlich Christof Goßweiler, Weber in Niefern und dessen Ehefrau Regina Salomea geb. Engelsberger, werden aufgefordert, spätestens in dem auf

Mittwoch, den 17. Sept. 1919, vormittags 10 Uhr,

vor dem Amtsgericht Pforzheim, Zimmer Nr. 29 anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Pforzheim, 29. April 1919.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A I.

Aufgebot.

M.42.2.1 **Tauberbischofsheim.** Der Ratschreiber **Michael Schurk** in Messelhausen hat als Nachlaßpfleger des Nachlasses der am 15. August 1918 in Messelhausen verstorbenen zuletzt dort wohnhaften Taglöhner **Michael Hellinger Witwe, Regina geb. Dietz,** das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachlaßgläubigern beantragt.

Die Nachlaßgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlaß der Verstorbenen spätestens in dem auf

Donnerstag, den 26. Juni 1919, vormittags 8 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, 2. Stock, Zimmer Nr. 8, anberaumten Aufgebotstermin bei diesem Gericht anzumelden.

Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstands u. des Grundes der Forderung zu enthalten; urkundliche Beweisstücke sind in Urschrift oder in Abschrift beizufügen.

Die Nachlaßgläubiger, welche sich nicht melden, können unbeschadet des Rechtes, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen u. Auflagen berücksichtigt zu werden, von den Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubigern noch ein Überschuß ergibt. Auch haftet ihnen jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit.

Für die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen, sowie für die Gläubiger, denen die Erben unbeschränkt haften, tritt, wenn sie sich nicht melden, nur der Rechtsnachteil ein, daß jeder Erbe ihnen nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit haftet.

Tauberbischofsheim, den 18. April 1919.
Bad. Amtsgericht.

M.44. **Stockach.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zimmermanns **Martin Grömminger** in Windegg ist, nachdem der im Termin vom 10. März 1919 angenommene Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt ist, Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters bestimmt auf

Montag, den 2. Juni 1919, vorm. 9 Uhr.

Stockach, 30. April 1919.
Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgerichts.

M.43. **Emmendingen.** Die am 2. März 1914 ausgesprochene Entmündigung des Landwirts **Johann Michael Engler** in Köndringen wurde wieder aufgehoben.

Emmendingen, den 26. April 1919.
Amtsgericht 1.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Sparkassen-Kontrolleursstelle.

Die Stelle unseres **Kontrolleurs** ist infolge Beförderung des bisherigen Inhabers zum Sparkassenrechner auf 1. Juli ds. Js. **neu** zu besetzen. G.444.2.1

Geeignete rechnungsverständige Bewerber wollen ihre Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und mit Bezeichnung der Gehaltsansprüche **innerhalb 3 Wochen** bei uns einreichen.

Breisach, 30. April 1919.
Der Vorsitzende der Sparkasse für den Amtsbezirk Breisach:
Meyer.

Bekanntmachung.

Als Liquidatoren der aufgelösten Gesellschaft m. b. H. in Pforzheim fordern wir die Gläubiger auf, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Pforzheim, 30. April 1919.
Fritz Bemberg,
Gesellschaft m. beschränkter Haftung. L.995.3.2.1.
Fritz Bemberg.
Rudolf Schreiber.

Nutzholzversteigerungen des Forstamts Philippsburg (Baden) im **Gasthaus zum Kopf in Kirrlach** (Station Waghäusel).

1. **am Mittwoch, den 14. Mai,** vormittags ½10 Uhr aus Dom.-Wald „Untere Lußhardt": 944 **Forlenabschnitte** I. u. II. Kl., 1273 dto. III. Kl., sowie 17 **Forlenstämme** VI. Kl., zus. 1077 Fm.;

2. **am Donnerstag, den 15. Mai,** vormittags ½10 Uhr ebenda aus Dom.-Wald U./Lußhardt 22 **Eichen** I.—IV. Kl; 26 **Rotbuchen** I.—IV. Kl.; 3 **Weißbuchen** V., 111 **Erlen** IV. u. V. Aus „Phil. Altrhein": 32 **Weiden** I.—V. Kl., 5 **kanad. Pappeln** III. u. IV., 12 **Pyram. Pappeln** III.—V. Kl.; aus U. Lußhardt Abt. 59/63: 25 **Forlenabschnitte** II., 943 **dto.** III. u. 345 **Stämme** V. u. VI. Kl., zus. 462 Fm. (meist Bauholz). Losverzeichnisse durch das Forstamt. M.41

Bodenseegütertarif.

Auf 1. Mai 1919 tritt nunmehr die mit unserer Bekanntgabe vom 15. Februar 1919 angekündigte Neuausgabe des Bodenseegütertarifs in Kraft. Seine Frachtsätze entsprechen in der Hauptsache den ab 1. April 1919 gültigen Frachtsätzen der Eisenbahngütertarife, erhöht um eine Ladegebühr von 16 Pf. für 100 kg. Für mehrere Stationsverbindungen wurden mangels Bedürfnisses keine Frachtsätze mehr aufgenommen.

Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbureau.

Karlsruhe, 30. April 1919.
Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

ORIGINAL-GRAPHIK.
Künstlerischer
Wandbilderschmuck. Einrahmungen.

E. Büchle Inh.: W. Bertsch
Kunst-Handlung und Rahmen-Fabrik
Kaiserstrasse 128, zwischen Wald- und Karlstrasse.